Das zweite System ist die individuelle Aufwertung, die von Fall zu Fall die Aufwertung unter Berücksichtigung der Lage des Schuldners und Gläubigers festsetzt. Für öffentliche Anleihen ist noch als drittes das soziale System anwendbar, bei dem der durch die Inflation verarmte Anleihebesitzer durch Rente oder Kapitalzahlung eine Sozialunterstützung erhält. Die jetzigen Gesetze sind eine Kombination von allen drei Systemen und sind deswegen auch mit allen Mängeln dieser drei Systeme behaftet. Die Kritik der Beteiligten wird sich auf das eingehendste mit den Wirkungen der Gesetze beschäftigen. So wenig tröstlich für die Beteiligten es ist, so offen muß doch von vornherein betont werden, daß weder die Staatswirtschaft noch die Volkswirtschaft ein fortgesetztes Herumkurieren an der immehr geschaffenen Grundlage vertragen. Die Enttäuschten mögen sich bei den Stellen bedanken, die ihnen die Enttäuschung bereitet haben. Noch nach Annahme der Gesetze im Reichstage schickte sich die Demagogie an, erneute Orgien zu feiern, denn etwas anderes war der Antrag nicht, den die Völkischen im Verein mit Kommunisten und Sozialdemokraten stellten, die Verkündung des Gesetzes auf zwei Monate zwecks späteren Volksentscheides auszusetzen. Diese Zwischenzeit wäre nicht zu einer sachlichen Klärung sondern zu einer erneuten wilden Irreführung der Betroffenen benutzt worden. Gewiß hätte das böse Gewissen der Demagogen des letzten Wahlkampfes diesen in der Zwischenzeit manche verdiente Qual bereitet, aber sachlich wäre die Lösung des Problems durch einen solchen Aufschub nicht gefördert worden, und die zweimonatige Ungewißheit hätte eine verhängnisvolle Desorganisation der Wirtschaft gebracht. Die Sozialdemokratie ließ sich zweifellos bei diesem Vorgehen von parteitaktischen Rücksichten leiten, denn so lange parteitaktisch dabei nichts zu holen war, war ihr die Aufwertung eine höchst gleichgiltige Sache; noch bei Besprechung der dritten Steuernotverordnung lehnte ihr Vertreter jede Aufwertung ab. Diese Aufwertungssache ist eins der trübsten Kapitel der innerdeutschen Geschichte der letzten zehn Jahre, aber wie im privaten Wirtschaftsleben, so ist auch in der Staatswirtschaft die Beendigung eines Bankrotts nur unter Einöußen für die Gläubiger denkbar.

Deutschland soll erst „nach Genf gehen".

Paris, 17. Juli. „Ere Nouvelle" nimmt Stellung zu der zu erwartenden deutschen Antwortnote in der Sicherheitsfrage und schreibt: Wir sind keine Feinde internationaler Konferenzen, weit davon entfernt. Aber wir glauben, daß Außenminister Briand sich sehr weise zeigt, wenn er darauf besteht, daß die Angelegenheit erst vor den Völkerbund gebracht wird. Das ist logisch. Die Erfahrung von Genua hat bewiesen, daß von diesen großen intereuropäischen Konferenzen nichts zu erwarten ist, wenn der Gegenstand der Beratungen nicht durch Verträge präzisiert wurde und wenn die Verhandlungen sich nicht im Rahmen eines streng festgelegten Protokolls entwickeln. Wenn wir uns morgen auf den Vorschlag der deutschen Regierung zu einer Versammlung dieser Art begeben, so wäre es sehr wahrscheinlich, daß dort alle Fragen mit einander verknüpft würden und daß man dort wirtschaftliche Probleme und die Revision der Ostgrenzen aufwerfen würde. In dem Falle, der uns jetzt zugewiesen ist, wäre notwendig, mit Vorsicht vorzugehen und zur Kontroverse nur die reiflich durchdachten Ideen zu stellen. Wir wissen, daß das Wort Völkerbund den Stolz der alten deutschnationalen Parteien verletzt. Für sie heißt es: „nach Genf gehen" soviel wie: „nach Canossa gehen". Wir haben geglaubt, daß man derartigen Skrupeln nicht viel Bedeutung beilegen sollte. Die letzte Note des Quai d'Orsay ist eins der wenigen Dokumente, die seit Jahren verfaßt wurden, in denen man einen wirklich pazifistischen Geist entdecken kann. Niemals hat ein Führer eine Sprache geführt, die so frei von Hochmut war. Deutschland hätte also ein Interesse daran, keinen Streit zu suchen, weder über eine Frage der Doktrin, noch über einzelne Probleme, wie z. B. die Räumung des Ruhrgebietes und die Räumung von Düsseldorf und Duisburg. Wir haben bewiesen, daß wir nicht befürchten, im Entgegenkommen zu weit zu gehen.

Abgrenzung des Danziger Hafens.

Bern, 17. Juli. Bekanntlich hat der Völkerbundsrat in seiner letzten Tagung die Einsetzung einer aus vier Mitgliedern bestehenden Kommission beschlossen, die gemäß dem Rechtsgutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes nunmehr die Frage der Abgrenzung des Hafengebietes von Danzig in bezug auf den Postdienst an Ort und Stelle untersuchen soll. Es handelt sich hierbei um die Entscheidung über den von Polen vertretenen Standpunkt, daß das gesamte Stadtgebiet von Danzig gleichzeitig als Hafengebiet zu gelten habe. Der Kommissionen gehören folgende Persönlichkeiten an: der Belgier Hostie, Generalsekretär der Zentralkommission für Rheinschiffahrt, früherer juristischer Beirat im Marinedepartement in Brüssel, der Brasilianer Montarroyn, der schweizerische Oberst de Reynier, der frühere Präsident des Danziger Hafenausschusses, sowie der Holländer Schreuder, Postdirektor in Amsterdam. Die Kommission ist heute zu einer Sitzung zusammengetreten und hat ihr Arbeitsprogramm festgesetzt. Morgen früh wird die Kommission nach Danzig abreisen.

Prüfung der Grundlagen für einen Marokkofrieden.

Paris, 17. Juli. Havas berichtet aus Madrid: In wohlunterrichteten Kreisen geht das Gerücht um, die Marokkokonferenz werde jetzt die Grundlagen für den Frieden mit Marokko prüfen.

Zur Lage in Marokko.

Paris, 17. Juli. Der „Information" wird von ihrem Sonderberichterstatter aus Fez gemeldet, daß der Angriff der Riftruppen nördlich von Fez und an der westlichen Front nördlich von Taza andauere. Das französische Flugzeuggeschwader habe die Umgegend von Bab Murudh und Ain Aich, die der Feind angegriffen habe, bombardiert. Die Truppenansammlungen in der Gegend von Teruan, südöstlich von Uezzan, seien ebenfalls durch französische Flieger zerstreut worden.

Marschall Petain in Barcelona eingetroffen.

Barcelona, 17. Juli. Das Flugzeug, in dem Marschall Petain seine Reise nach Marokko unternimmt, ist heute früh in Barcelona eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich zwei weitere Flugzeuge, in denen sich General Georges, der in Deutschland bekannt geworden ist als Generalstabschef des Generals Degoutte während der ersten Zeit der Ruhrbesetzung, und Oberst Paguin, der Generalstabschef des Generals Naulin, befinden. Journalisten erklärte Marschall Petain, er wolle der Ankunft einer beträchtlichen Truppenverstärkung beiwohnen. Er werde auch deren Inspektion vornehmen. Marschall Petain ist bald darauf von Barcelona nach Alleante weitergeflogen. Heute abend wird er voraussichtlich in Rabat ankommen.

Tschitscherin gegen sowjetfeindliche Fälschungen.

Moskau, 17. Juli. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Russischen Telegraphen-Agentur bezeichnete Tschitscherin die Herstellung gefälschter Dokumente zwecks Bloßstellung der Sowjetregierung als eines der bezeichnendsten Symptome der gegenwärtigen verschärften Hetze gegen die Sowjets. Er wies auf die Enthüllung des im Mai in Berlin verhafteten Berufsfälschers Drushelowski hin, der nach seinem eigenen Geständnis Fälschungen an die bulgarische und an die polnische Regierung verkauft habe, und erklärte, er müsse feststellen, daß Drushelowski seinerzeit aus einer kurzen Haft entlassen und erst jetzt wieder festgenommen worden sei, während beispielsweise der Leiter der Wiener Fälscherstelle Jakubowitsch vom Wiener Gericht freigesprochen worden sei. Tschitscherin zählte ferner die Fälschungen des Berliner Fälschers Gumanski auf, der zahlreiche Schriftstücke des Komitees der dritten Internationale gefälscht habe, beispielsweise den angeblichen Vertrag dieses Komitees mit der kroatischen Bauernpartei, den angeblichen Sinowjewbrief an Tachin über Marokko und andere Dokumente, deren man sich bediene, um eine angebliche Verbindung zwischen der Sowjetregierung und dem Komitee zu konstruieren.

Tschitscherin erwähnte weiter zwanzig der Sowjetregierung bekanntgewordene Fälschungen, die größtenteils auf eine Bloßstellung der Sowjetvertretungen im Auslande abzielten. Sie kennzeichneten sich sämtlich durch ein völliges politisches Analphabetentum sowie dadurch daß sie nicht vorhandene Einrichtungen und Personen anführten. Die niedrige Honorierung dieser Fälschungen mit 150 Dollar und der Vermittler mit 100 Dollar sei verständlich, wenn man die Leichtigkeit so plumper Fälschungen bedenke. Die öffentliche Meinung müsse davon unterrichtet werden, daß die von Sowjetfeinden gegen die Sowjetregierung veröffentlichten Dokumente sich stets als Produkte wissentlicher und boshafter Fälschungen herausgestellt hätten.

Tschitscherin hob dann hervor, daß die englische Regierung seinerzeit dem Vorschlage des Sowjets, die Echtheit des angeblichen Sinowjewbriefes durch ein Schiedsgericht untersuchen zu lassen, ausgewichen sei. Die mit den ausländischen Regierungen in Verbindung stehenden Stellen gebrauchten und bezahlten die Fälschungen meistens wissentlich. In dem gegenwärtigen kritischen Moment, wo die reaktionären Elemente in den verschiedenen Ländern einen Kreuzzug gegen die Sowjetunion forderten, habe man allen Grund, die Veröffentlichung neuer aufsehenerregender Fälschungen von Seiten dieser Kreise zu erwarten. Alle Anhänger einer friedlichen Schlichtung der internationalen Gegensätze wüßten, daß solche Schriftstücke, die zur Schaffung einer antisowjetistischen Einheitsfront erfunden würden, von Berufsfälschern stammten. Diese Warnung sei nötig.

Das Urteil gegen den Royalisten Maurras.

Paris, 17. Juli. Der royalistische Schriftsteller Charles Maurras, der wegen Todesbedrohung des Ministers des Innern Schramek strafrechtlich verfolgt wurde, ist heute zu zwei Jahren Gefängnis ohne Bewährungsfrist und 1000 Franken Geldstrafe verurteilt worden.

Deutsch-Oesterreichische Arbeitsgemeinschaft.

Die Deutsch-Oesterreichische Arbeitsgemeinschaft, die eine große Reihe bedeutender Persönlichkeiten der verschiedensten Berufszweige vereinigt, veröffentlicht eine umfangreiche Denkschrift über österreichische Wirtschaftsprobleme. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß nur durch den Anschluß Oesterreichs an Deutschland Europa von dem österreichischen Problem befreit werden könne.

Die Lage im Baugewerbe

die in den letzten Tagen mehr und mehr zu einer gewissen Beruhigung gekommen war, hat neuerdings dadurch eine Verschärfung erfahren, daß die im Reiche vorgenommenen Aussperrungen erweitert wurden und in Berlin selbst gestern außer den bereits streikenden Arbeiterkategorien der Zentralverband der Zimmerer mit insgesamt rund 3000 Mann die Arbeit niedergelegt hat.

In Berlin feiern insgesamt 33 bis 35 000, im ganzen Reich rund 120 000 Bauarbeiter.

Die Bautätigkeit ist unter diesen Umständen vollkommen lahmgelegt worden, und es besteht leider im Augenblick wenig Aussicht, daß in Kürze eine Aenderung dieser Situation eintreten könnte. Die Aussperrungen der Bauarbeiter im Reich erstrecken sich auf den Freistaat Sachsen, Provinz Sachsen, Mecklenburg, Anhalt, Baden und Hessen. Darüber hinaus ist eine weitere Ausdehnung der Aussperrungen zu befürchten, falls nicht in letzter Stunde eine rasche Beilegung des Konflikts erreicht werden sollte. Neben dem Baugewerbe selbst sind durch die Streiks und Aussperrungen auch die verwandten Gewerbe schwer betroffen.

Der Schirm.

Von Rudolf Presber.

An einer Theater-Garderobe.

„Mein Herr, Sie müssen Ihre Garderobe hier abgeben!"

„Ich hab' gar keine Garderobe. Ich hab' meinen Paletot bei dem frühlingsmäßigen Wetter zu Hause gelassen."

„Ja, aber sie haben einen Schirm. Einen Schirm mit Krücke."

„Allerdings, weil ich fürchtete, daß es Regen gibt."

„Im Zuschauerraum regnet's nicht. Sie müssen den Schirm abgeben."

„Er geniert doch niemanden, der Schirm."

„Das weiß man nicht. Er kann einen Nachbar zwischen die Beine kommen, der Schirm. Er kann hinfallen und störenden Lärm verursachen mit der Krücke. Er kann einer Nachbarin mitten ins Auge stoßen. Er kann die Schauspieler vorne reizen. Und außerdem — ist es Vorschrift und kostet eine Mark Garderobegeld."

„Wie — der alte Schirm — — kostet . . .?"

„Ob der Schirm alt oder neu ist, mein Herr, das kommt nicht in Betracht. Für uns sind alle Schirme gleich."

„Aber erlauben Sie, mein ganzer Platz für das Stück — — übrigens, eben fängt's an — lassen Sie mich hinein."

„Mit dem Schirm — nicht!"

„Also — mein ganzer Platz hat — Vorzugsschnittbillet — nur 95 Pfg. gekostet. Und jetzt soll ich . . . ich bin doch wahrhaftig mehr wert als mein Schirm."

„Das ist möglich. Aber Sie sehen dafür ja auch das Stück, — während Ihr Schirm nur in der Garderobe auf Sie wartet."

„Der könnte lange warten. Wenn ich ihn abgebe, vergeß' ich ihn nachher doch."

„Das ist wiederum Ihre Sache. Aber abgeben müssen Sie Ihren Schirm."

„Unter uns: Es ist eigentlich gar nicht mein Schirm. Meinen schönen neuen habe ich gestern im Kaffeehaus vertauscht. Und den umgetauschten, der schon älter war als meiner, habe ich dann gestern nochmal bei Aschinger vertauscht. Nun habe ich dieses Scheusal da und soll dafür noch fünfzig Pfennige zahlen."

„Verzeihung — eine Mark."

„Nein — und Verzeihen auch nicht! Jetzt ist doch ein Fünftel des Stückes schon gespielt, während Sie mich hier aufhalten."

„Das ist gleichgültig, mein Herr, Schirm ist Schirm. Und wenn Sie zwei Minuten vor Schluß der Komödie mit zwei Schirmen kämen, so —"

„Ich bin doch nicht wahnsinnig. Ich werde doch nicht zwei Minuten vor Schluß mit fünf Schirmen kommen . . . Aber, Mann Gottes, ich habe doch mein Billet gekauft."

„Fragen Sie einen Juristen, mein Herr: Der Ankauf Ihres Billets ist ein Handelsgeschäft, das — unsererseits — zur Voraussetzung hat, daß Sie — Ihrerseits — Ihren Schirm abgeben, ehe Sie . . ."

„Ehe ich . . . Auf den Einfall, ihn nachher abzugeben, wird doch nur ein Idiot kommen."

Mein Herr, machen Sie hier keine Geschichten! Es sind nur zwei Möglichkeiten, entweder Sie gehen jetzt ohne Schirm in den Zuschauerraum — oder Sie gehen mit dem Schirm auf die Straße."

„Um mit meinem Schirm auf die Straße zu gehen, bin ich doch nicht fünfviertel Stunden hierhergefahren! Wissen Sie was — ich schenk Ihnen den Schirm."

„Erlauben Sie, wie kommen Sie dazu, mir . . . ich bin siebenundzwanzig Jahre hier im Dienst. Das ist ja Beamtenbestechung!"

„Schreien Sie nicht so, und vor allem spucken Sie nicht so! Sonst spann ich den Schirm auf."

(Der Direktor des Theaters kommt in tiefen Gedanken aus seinem Büro und will im Sturmschritt mit wehenden Rockschößen sich nach der Bühne begeben.)

„Herr Direktor, darf ich gehorsamst einen Augenblick . . . Hier ist nämlich ein Mann mit einem Schirm. Er sagt . . ."

„Es ist richtig, lieber Schulze, geben Sie dem Mann eine Mark und stellen Sie den Schirm in mein Direktionszimmer!"

(Der Direktor, der glaubt, es handle sich um den Schirm, den er seiner Frau morgen zum Geburtstag gekauft hat, eilt ohne Aufenthalt nach der Bühne.)

„Nanu," sagt Schulze, „bin ich nun verdreht oder — —?!"

„Bitte — wollen Sie so freundlich sein. Hier — der Schirm. Und wo, bitte, ist die Mark — ?"

„Was denn — ich soll Ihnen —?"

„Sie haben's doch gehört. Danke . . . Ja, nun zeigen Sie mir bitte, wo das Direktionszimmer ist."

„Aber nun gehen Sie doch, zum Teufel, endlich in den Zuschauerraum! Sie haben doch Ihr Billett bezahlt."

„Allerdings. Aber erst muß ich das Direktionszimmer sehen. Ich muß doch wissen, wo ich mir nachher meinen Schirm wiederhole."

Der Deutsche Rundfunk
Illustrierte Zeitschrift für Funktechnik und Unterhaltungs-Programm
Alle 14 Tage ein Heft
Vierteljährlich 40 Pf. frei Haus
Probenummern kostenlos vom Verlag, Berlin C 43